

«Die SP, Garantin für gute Stadtpolitik»

Die kantonale SP beschäftigte sich gestern am **Parteitag in Bern** mit ihrer Position in den Städten – insbesondere in Bern und Biel

Die Politik in der Stadt präge die Politik auf dem Land. Deshalb ist es gemäss SP wichtig, dass Städte wie Bern oder Biel in ihrer Hand bleiben – und auch weil bürgerliche Parteien städtischen Herausforderungen nicht gewachsen seien.

DÖLF BARBEN

Die Zukunft findet in den Städten statt: Unter dieses Motto stellte die kantonale SP gestern Abend ihre Delegiertenversammlung in Bern. Nicht von ungefähr: Diesen Herbst finden in Bern und Biel Gemeindevahlen statt. Und beidenorts treten die sozialdemokratischen Stadtpräsidenten erneut an – der Berner Alexander Tschäppät nach vier Jahren und der Bieler Hans Stöckli nach 18 Jahren im Amt.

Auf die Verluste, die die SP bei den Nationalratswahlen 2007 in Bern und Biel zu verkraften hatte (siehe Kasten), ging nur der Bieler Stadtpräsident Hans Stöckli ein, und auch er nur am Rand. Er hoffe, «die Erosion in Richtung grün» könne diesen Herbst von der SP gestoppt werden, sagte er zu den 109 Delegierten.

Rote Rathäuser

Sowohl Tschäppät wie auch Stöckli übten sich in ihren Referaten vielmehr darin, Leistungen der Sozialdemokraten zu loben. Dass die Rathäuser in den grossen schweizerischen Städten rot seien, sei keine Selbstverständlichkeit, sagte Tschäppät, «noch vor zwanzig Jahren waren sie fest in bürgerlicher Hand». Doch ab Mitte der 90er-Jahre seien viele Städte neuen Herausforderungen gegenübergestanden, «denen die bürgerliche Politik nicht gewachsen war». SP-Politikerinnen und -politiker hätten in der Zwischenzeit aber bewiesen, dass sie gute Stadtmanager seien. Sozialdemokratische Politik habe Bern vorgebracht, sagte er. Die SP sei «Garantin für gute Stadtpolitik».

Auch wenn die Einsicht für Lösungen wachse, wie sie die SP schon seit langem propagiere, so müsse das Erreichte doch auch Verpflichtung sein, sagte Tschäppät. Und er propagierte vorab Kooperation statt Konkurrenz: Mit seiner Bemerkung im anschliessenden Podiumsgespräch, er möchte «einmal von dieser Welt gehen im Wissen darum», dass der Kanton nicht mehr aus nahezu 400 Gemeinden bestehe, erntete er Szenenapplaus.

Tschäppät legte aber auch ein klares Bekenntnis zu Sicherheit und Sauberkeit ab. «Sicherheit für alle» bedinge mehr Polizei. Die Polizei sei ein Service public – «und damit ein sozialdemokratisches Postulat». Auch dürfe von jenen Entgegenkommen verlangt werden, «die von der Gesellschaft Verständnis beanspruchen», also von Drogen- und Alkoholabhängigen und Bettlern.

Biel wieder «Boom-Stadt»

Auch Hans Stöckli betrieb Eigenlob. Er erzählte die Geschichte der Stadt Biel, die, als er Stadtpräsident wurde, als Stadt der Zukunft galt – «als Stadt, die die Zukunft hinter sich hatte», wie er sagte. Heute, nach Jahren der Stagnation und grosser Arbeitslosigkeit, aber auch nach der «enorm bedeutenden Expo», dürfe sich Biel wieder mit dem Attribut der «Boom-Stadt» schmücken. In Biel werde «gebaut, was das Zeug hält». Dabei setze die Stadt ihr eigenes Land geschickt und gewinnbringend ein. Die SP befürworte Wachstum, aber es müsse nachhaltig sein, sagte Stöckli.

SVP «will nur polemisieren»

In ihrer Ansprache kritisierte SP-Präsidentin Irène Marti Anliker insbesondere die SVP. Sie dresche nur deshalb ständig auf die Städte ein, weil diese von Sozialdemokraten und Grünen regiert würden. In Tat und Wahrheit wolle die SVP gar keine Lösungen finden – «sie will nur polemisieren» mit dem Ziel, die Mehrheit zurückzugewinnen. Auch Marti Anliker unterstrich, wie wichtig es sei, dass die SP in den Städten die prägende politische Kraft sei. Weil die politischen Lösungen der Städte längerfristig auch die Politik auf dem Land prägen, seien die Mehrheitsverhältnisse in den Städten für das Fortkommen des Kantons von entscheidender Bedeutung. «Es ist für den ganzen Kanton wichtig, dass die SP stark ist in den Städten.»

Marti Anliker solidarisierte sich mit den Arbeitern von SBB Cargo und forderte, «dass auch die Arbeitsplätze in Biel nicht einfach abgebaut werden». In einer Resolution fordert die SP zudem 250 Franken Kinderzulagen und 300 Franken Ausbildungszulagen für die Familien im Kanton Bern.

[i] **PAROLEN** Für die eidgenössischen Abstimmungen vom 1. Juni beschlossen die Delegierten dreimal die Nein-Parole.